

Die Fünf-Prozent-Hürde pervertiert den Wählerwillen

Die Bundestagswahlen 2013

Ferdinand Knauß

Noch nie hat der Bundestag so wenige Wähler repräsentiert wie der jetzt gewählte. Die Fünf-Prozent-Hürde hat ein Ergebnis produziert, das der politischen Kultur schadet. Sie muss endlich gesenkt werden.

Die Bundestagswahlen 2013 waren aus ästhetischer Perspektive ein Tiefpunkt in der bundesrepublikanischen Geschichte. Abgeschmackter noch als die von jeder politischen Aussage befreiten Wahlplakate und die Sprechblasen beim so genannten Fernsehduell, über die schon vor dem 22. September viel geklagt wurde, war die Reaktion der Partei, die sich als der große Gewinner interpretiert. Wenn Angela Merkel und andere Spitzenpolitiker wie Volker Kauder und Hermann Gröhe in der Wahlnacht vor laufenden Kameras herumwippen wie der Vorstand eines Karnevalsvereins und „An Tagen wie diesen“ von den „Toten Hosen“ grölen, wenn also Parteien das Ergebnis von Wahlen feiern wie den Gewinn einer Fußballmeisterschaft, beschädigt das die Würde dieses zentralen Aktes der Souveränität des Volkes.

Doch nicht nur die äußere Form, in der sich die Freude der Unionsparteien äußerte, sondern auch deren von den meisten Journalisten übernommene Interpretation eines angeblich klaren Auftrages für Merkel weiterzuregieren, war bei genauerer Betrachtung befremdlich. Denn die Frage, ob eine absolute Mehrheit der Wähler – geschweige denn der Wahlberechtigten – weiter von Merkel und der amtierenden Koalition regiert werden möchte, lässt sich doch ganz eindeutig beantworten: Nein! Nur die Wähler von CDU/CSU (41,5 %) und FDP (4,8 %), also insgesamt 46,3 Prozent, wünschten sich eine Fortsetzung der Merkelschen Kanzlerschaft. Alle anderen wollten das ganz offensichtlich lieber nicht. In Wahrheit verdankt Merkel ihre bevorstehenden weiteren Regierungsjahre nicht dem Wählervotum, sondern allein der Koalitionsunfähigkeit der Linken.

Fünf-Prozent-Hürde verzerrt das Wahlergebnis

Das wirklich Besorgniserregende an dieser Wahl, oder genauer: an dem Parlament, das aus ihr hervorgeht, ist: Nie seit 1949 hat ein deutscher Bundestag einen so geringen Teil der Wahlberechtigten repräsentiert wie der, der sich am 22. Oktober in Berlin konstituiert. Durch das knappe Scheitern der FDP und der neu gegründeten Alternative für Deutschland (4,7 %) sowie die 2,2 % der Piraten und die 1,3 % der NPD ist der Anteil der nicht im Bundestag vertretenen Wähler mit insgesamt rund 15,8 % so hoch wie nie zuvor in der deutschen Parlamentsgeschichte. Die den Wählerwillen verzerrende Wirkung der Fünf-Prozent-Hürde war in vorhergegangenen Wahlen längst nicht so stark, weil in der Regel keine oder allenfalls eine Partei knapp scheiterte – zum Beispiel 1969 die NPD (4,3 %) oder 1990 die Grünen im Westen (4,8 %). Meist erreichten alle „sonstigen“ Parteien zusammen weniger als 5 %.

Die Verzerrung des Wahlergebnisses ist bedenklich: Mit zusammen nur 42,7 % der Stimmen haben SPD, Grüne und Linke im Bundestag eine rechnerische Mehrheit von 320 von 631 Bundestagssitzen. An den Wahlurnen dagegen war ein zumindest nach herkömmlichem Schema klares Bild des Wählerwillens erkennbar: Die Deutschen haben zu rund 51 Prozent bürgerlich-liberal gewählt, wenn man zu den Stimmen der Unionsparteien und der FDP noch die „Alternative für Deutschland“ hinzuzählt. Doch für den Bundestag und die nächsten vier Jahre im politischen Berlin spielt dieser Wählerwille keine Rolle. Ganz konkret bedeutet das zum Beispiel: Obwohl die Deutschen die Steuererhöherparteien abgewählt haben, werden sie wohl demnächst zur Staatskasse gebeten.

In den meisten anderen westlichen Demokratien mit Verhältniswahlrecht liegt

die Hürde bei drei oder vier Prozent. Nach österreichischem Wahlrecht mit seiner Vier-Prozent-Hürde wären die FDP und die AfD im Parlament vertreten. Dann gäbe es auch im Bundestag eine rechnerische Mehrheit für CDU/CSU, FDP und AfD. Bezeichnenderweise gibt es noch höhere Hürden nur in Russland (7 %) und der Türkei (10 %).

In der alten Bundesrepublik der Fünfziger Jahre war die Einführung der Hürde durch die Sorge der Gründungsväter vor instabilen Regierungskoalitionen nach den Erfahrungen von Weimar zu legitimieren. Und die relativ hohen Wahlbeteiligungen mit sehr geringen Stimmenanteilen für die „Sonstigen“ ließen die hohe Hürde akzeptabel erscheinen. Doch bekanntlich war Bonn schon damals nicht Weimar und vor allem hat sich die Gesellschaft seither stark gewandelt. Die Interessen und Überzeugungen der Deutschen lassen sich nicht mehr auf drei oder vier Parteien übertragen.

Die krasse Diskrepanz zwischen Sitzverteilung im Bundestag und Wählerstimmen wäre eigentlich ein passender Anlass für eine Debatte über die deutliche Absenkung der Hürde.

Abgesehen von Hans-Christian Ströbele setzt sich aber kein Bundespolitiker für die Senkung der Hürde ein. Dass die Kritik an diesem Missstand von den großen Parteien nicht angestoßen wird, ist nachvollziehbar: Eine hohe Hürde schützt die Etablierten an den Fleischtöpfen des politisch-administrativen Systems vor hungrigen Herausforderern.

Umso notwendiger wäre es, diese Diskussion außerhalb des Berliner Parteienbetriebs zu befeuern. Journalisten tun das kaum. Das ist eines von vielen Indizien für die allzu große Nähe der Publizistik zum Parteienstaat.

Ihre Empörungsbereitschaft heben sich die meisten Hauptstadtjournalisten für die Skandalisierung des Fehlverhaltens einzelner korrumpierter Spitzenpolitiker auf. Dass 6,8 Millionen Wähler – zusätzlich zu den fast 18 Millionen Nichtwählern – nicht nur nicht im Bundestag vertreten sind, sondern ihre Stimmen auch noch anderen, größeren Parteien zugutekommen, scheint dagegen keinen Skandal wert zu sein.

Wenn man aber jenseits des tages- und machtpolitischen Koalitionsgezeters die große Frage von Karl Jaspers – „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ – wieder stellt, so kann man an diesem zentralen demokratischen Manko nicht vorbeiblicken: Die Fünf-Prozent-Hürde verzerrt in inakzeptabler Weise den Wählerwillen zugunsten der etablierten Parteien. Jaspers' Sorge von 1966 ist 47 Jahre später aktueller als je zuvor:

Die Bundesrepublik trägt deutlich die Insignien einer Parteienoligarchie, die sich mit Hilfe eines längst reformbedürftigen Wahlrechts gegen Konkurrenz absichert.

Die wachsende Vielfalt und Vielschichtigkeit der deutschen Gesellschaft schlägt sich auch in neuen politischen Interessen und Gruppierungen nieder – jüngstes Beispiel: die „Alternative für Deutschland“. Doch die Hemmschwelle, sich politisch zu engagieren ist riesig, weil neuen Bewegungen wie der AfD, die auf einem zentralen Feld wie der Europa- und Schuldenpolitik abweichende Positionen vertreten, der Zugang zum Parlament und damit zum öffentlichen Rampenlicht derart erschwert wird.

Der Misstrauen vieler politisch interessierter Menschen über die Flachheit des Wahlkampfes und über die Ununterscheidbarkeit der etablierten Parteien in vielen zentralen Politikfeldern wird durch dieses bizarre Wahlergebnis und die schwarz-rote Konsenspolitik, die vor uns liegt, vermutlich noch zunehmen. Die deutsche Parteienpolitik ist auch deswegen so langweilig, weil ihr Spektrum so eng ist, verglichen mit den europäischen Nachbarländern.

Wir werden einen Bundestag haben, in dem so gut wie keine entschieden konservativen und liberalen Stimmen zu hören sein werden. Wir werden einen Bundestag haben, der noch stromlinienförmiger auf dem Zeitgeist surft als die früheren. Wir werden das einzige bedeutende Parlament in der EU haben ohne eine Fraktion von Kritikern der bisherigen Euro-Rettungspolitik.

Wir werden aber auch ohne die FDP keine ernstzunehmende Grundsatzkritik an der Energiewende hören. Und keine Einwände dagegen, die Staatsquote auf über die Hälfte der Wirtschaftsleistung zu treiben. Steuererhöhungen werden

ein Dauerthema sein, die Rückführung der Staatsausgaben nicht.


Vor allem werden wir voraussichtlich weiter keine offenen Bundestagsdebatten über die wirklich entscheidenden Fragen der Zeit hören. Das ist vermutlich der wichtigste Grund für Politikverdrossenheit, zumindest in bürgerlichen Kreisen. Besonders ernüchternd war im abgewählten Bundestag der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Er ist ein Dokument der Denkverweigerung der beteiligten Parteipolitiker. Den dominierenden Autor des Berichts, den FDP-Abgeordneten und Standardökonom Karl-Heinz Paqué wird man im neuen Bundestag nicht mehr finden. Doch auch ohne ihn wird eine Wirtschaft ohne Wachstum weiter das große Tabu der Politik bleiben. Aber gerade an diesem Thema zeigt sich die große Entfremdung der Parteien von den unvermeidbaren Zukunftsdebatten, die außerhalb des Bundestages auch durchaus engagiert geführt werden. Es gibt in allen Bundestagsfraktionen kaum einen Menschen, der an der Debatte über eine nicht mehr wachsende Wirtschaft in einer begrenzten Welt hörbar teilnimmt. Die Bücher von Meinhard Miegel („Exit. Wohlstand ohne Wachstum“), Harald Welzer („Selbst Denken“) oder Robert und Edward Skidelsky („Wie viel ist genug?“) sind vieldiskutierte Bestseller und die Einsicht, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen können, ist außerhalb der Business Schools längst allgemein akzeptiert. Doch im Reichstagsgebäude ist davon noch nichts angekommen.

In der Wachstumsdebatte haben alle etablierten Parteien, auch die Grünen, nur eine riesige Leerstelle anzubieten, die von der Tagespolitik mit ihrer Fixierung auf Wachstumsförderung überdeckt wird.

Die Parteien fühlen sich für große Fragen grundsätzlich nicht zuständig. Das bevorstehende Ende des Wirtschaftswachstums, die sich anbahnende demografische Katastrophe, die unübersehbare Überdehnung Europas, all diese Probleme werden leider vermutlich auch in der kommenden Legislaturperiode als „Herausforderungen“ verpackt, um sie nicht anpacken zu müssen. Die groß angekündigte Demografiestrategie der Bundesregierung ist ein Bluff, eine Mogelpackung voller Wohlfühlrhetorik, die den Kern des Pro-

blems, nämlich die geringe Geburtenrate, fast nicht berührt. Auf diesen Feldern trotten die etablierten Parteien auf ihren eingeschlagenen Pfaden weiter, ohne nach links und rechts zu schauen.

Gerade deswegen täte es Deutschland gut, tatsächlich „mehr Demokratie“ zu wagen. Also die Schwelle für neue politische Parteien zu senken, mehr Pluralismus in den Parlamenten zu ermöglichen. Eine Drei-Prozent-Hürde wäre schon ein großer Fortschritt. Eine radikale Partei wie die NPD würde auch die höchstwahrscheinlich nicht überspringen. Und selbst wenn doch: Die deutsche Demokratie und die demokratischen Deutschen wären längst stark genug das zu verkräften. Doch um wie viel reicher und interessanter wären der Bundestag und die politische Kultur in Deutschland, wenn die Bundesregierung ihre Eurorettungspolitik vor Bernd Lucke und Joachim Starbatty rechtfertigen müsste. Auch wer die Merkelsche Europa-Politik gutheißt, sollte sich immer wünschen, dass es eine lautstarke Grundsatzkritik und wache parlamentarische Kontrolle dieser Politik gibt.

Nichts ist gefährlicher als politische Entscheidungen, die nicht mehr in Frage gestellt werden. Einmütigkeit und kollektiv auferlegte Denkverbote, wie sie die deutsche Politik leider prägen, tun keiner Demokratie gut, weil sie intellektuell einschläfernd wirken und leidenschaftliche Menschen vom politischen Engagement abhalten. Auch stabile Demokratien, die von Parteien der Mitte regiert werden, brauchen innerhalb ihrer Parlamente die Dialektik zwischen etablierten und neu aufkommenden gesellschaftlichen Interessen. Die Fünf-Prozent-Hürde steht dem unnötig im Wege. 

Zum Autor
Ferdinand Knauf



Jahrg. 1973, studierte Geschichte und Japanologie in Düsseldorf, Nantes und Tokio. Nach einem Volontariat bei der Financial Times Deutschland verantwortete er 2005 bis 2010 im Handelsblatt die wöchentlichen Seiten über Natur- und Geisteswissenschaften. 2010 war Knauf Fellow der Volkswagenstiftung beim Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. 2011 wurde er Pressesprecher im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Seit Juni 2012 ist Knauf Redakteur bei der WirtschaftsWoche.